

Wie weiter? Die Schweiz und die illegale Migration

*Referat von Roger Köppel, Verleger und Chefredaktor DIE WELTWOCHE,
Nationalratskandidat SVP Kanton Zürich*

anlässlich der Veranstaltung „Stopp dem Asylchaos“ mit Prof. C. Mörgele und Alt-BR Dr. Christoph Blocher

Zürich Hotel Marriott, 15. August 2015, 10 Uhr

Es gilt das gesprochene Wort

Meine Damen und Herren,

Die NZZ hat kürzlich mit Blick auf die Asylsituation fast süffisant von einem „angeblichen Asylchaos“ gesprochen. Sie wollte damit wohl zum Ausdruck bringen, dass die Probleme politisch übertrieben werden und dass die Leute, die hier von Missständen reden, unter Wahnvorstellungen und Halluzinationen leiden.

Ich wünschte mir, die NZZ hätte Recht, aber leider ist das Gegenteil der Fall. Wir haben aktuell gravierende Missstände. Und der Begriff Asylchaos ist gerechtfertigt.

Wir haben einen Missbrauch des Flüchtlingsbegriffs - was wir beobachten, sind allergrösstenteils keine Flüchtlinge nach Genfer Konvention, sondern einen internationalen Pendlerverkehr illegaler Wirtschaftsmigration!

Pendlerverkehr deshalb, weil die angeblich an Leib und Leben bedrohten Flüchtlinge Ferien in ihren Heimatstaaten machen, wo sie angeblich verfolgt werden.

Natürlich haben wir ein Asylchaos, und zwar in doppelter Hinsicht: In Europa und in der Schweiz!

Lassen Sie mich das einleitend mit ein paar Fakten belegen. Das sind Zahlen des Uno-Hochkommissariats für Flüchtlinge. Wie weit man den Zahlen trauen kann, weiss ich nicht, aber es sind die offiziellen Daten.

Im ersten Halbjahr 2015 sind 137'000 illegale Migranten übers Mittelmeer gekommen, das sind 83 Prozent mehr als 2014.

Mindestens zwei Drittel aller in Italien anlandenden Migranten reisen weiter, haben also primär wirtschaftliche Motive.

Nach Aussage unseres Korrespondenten Kurt Pelda, der sich seit Jahren in Nordafrika und im Nahen Osten aufhält, haben wir es mit einem Schneeballeffekt der illegalen Migration zu tun. Jeder Afrikaner, der es bis nach Italien oder Griechenland geschafft hat, holt per Handy oder Facebook zehn Kollegen nach.

Gehen wir an die Ostgrenze Europas:

Seit Mai 2015 verzeichnet das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge pro Tag 1'000 illegale Übertritte an der mazedonischen Grenze Richtung Ungarn.

Inzwischen haben 100'000 Personen Ungarn über die Balkanroute erreicht, davon Zehntausende Kosovaren mit rein wirtschaftlichen Migrationsmotiven. Im Kosovo stehen Schweizer Armee und Bundeswehr, um die Ordnung zu gewährleisten. Es ist doch absolut ausgeschlossen, dass auch nur ein Kosovare direkt an Leib und Leben bedroht und daher asylberechtigt sein sollte.

In Österreich berichten die Behörden von einer Verdreifachung der Zahl der Asylgesuche im Vorjahresvergleich. Die Regierung hat ein Asylmoratorium verfügt.

In Frankreich haben afrikanische Asylsuchende eine leerstehende Schule besetzt.

Deutschland erwartet 450'000 Asylgesuche in diesem Jahr. Das sind mehr als doppelt so viele als im letzten Jahr. Inzwischen gab es 200 Übergriffe auf nationale Asylzentren.

2014 kamen offiziell 68'000 Asylbewerber nach Griechenland. Mehr als 90 Prozent davon reisten weiter oder wollten weiterreisen. Dies macht deutlich, dass es sich hier um Migranten mit einem vorwiegend wirtschaftlichen Motiv handelt. Nur fünf Prozent haben in Griechenland einen Asylantrag gestellt.

Von diesen 68'000 Migranten waren 83 Prozent Männer. 71 Prozent zwischen 18 und 35 Jahren alt. Mehr als 60 Prozent kamen direkt aus dem sicheren Drittstaat Türkei. Im ersten Halbjahr 2015 sind in Griechenland, vorwiegend via Türkei, bereits 91'000 illegale Migranten eingereist - sollte der Trend anhalten, wäre dies bis Ende Jahr weit mehr als eine Verdoppelung.

Mit anderen Worten: Die Festung Europa gibt es nicht. Die EU wird nicht mit Flüchtlingen nach Genfer Konvention, sondern mit illegalen Migranten geradezu überschwemmt, und es ist nicht erkennbar, dass die EU endlich dazu übergeht, ihre Aussengrenzen gegenüber der illegalen Massenmigration aus dem Süden zu schliessen.

Im Gegenteil:

Die EU hat längst kapituliert. Von Dublin ist keine Rede mehr. Die Staatschefs wollen Verteilungsquoten für die illegalen Migranten. EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und EU-Parlamentarier Guy Verhofstadt fordern mehr „Solidarität“ und Aufnahme-Quoten.

Stillschweigend wird hier von oben die europäische Asylgesetzgebung ausser Kraft gesetzt, die Asyl gemäss Genfer Flüchtlingskonvention nur für direkt und persönlich Verfolgte gewähren will.

Es findet ein grossräumiger Missbrauch des Asylrechts statt. Schuld sind nicht die Migranten, sondern die Behörden, die das zulassen.

Die Schweiz ist von der europäischen Asylmisere direkt betroffen. „Angebliches Asylchaos?“ Schön wärs.

Die Schweiz steuert auf einen neuen Höchststand an Asylgesuchen zu. Die Behörden reden von 30'000 Asylgesuchen bis Ende Jahr.

Davon werden nach heutigen Anerkennungs- und Sozialquoten am Ende mindestens 17'000 Menschen in der Sozialhilfe landen. Wenn wir pro Person sehr zurückhaltend 50'000 Franken pro Jahr rechnen, kommen wir auf 850 Millionen Franken Kosten pro Jahr. Das sind gewaltige Dimensionen - vorsichtig kalkuliert.

Der Bund deckt diese Kosten für die ersten fünf bzw. sieben Jahre, dann müssen die Gemeinden zahlen. Bereits protestieren Kantons- und Gemeindevertreter. Sie sprechen von einem drohenden Kollaps.

Das sind keine hysterischen Übertreibungen „wildgewordener Wahlkämpfer“ und „rechtskonservativer Scharfmacher“. Das sind Fakten und objektive Missstände.

Die Schweiz hat bereits heute eine der höchsten Asylbewerberzahlen pro Kopf der Bevölkerung. Für den Zeitraum von 2010 bis 2014 hat die Schweiz 13,76 Asylgesuche pro 1'000 Einwohner. Der entsprechende Durchschnittswert für die EU-28 liegt bei 3,87; in Spanien ist er bei 0,41. Italien, das direkt an der europäischen Aussengrenze liegt, hat exakt viermal weniger als die Schweiz, nur 3,44 Asylbewerber pro 1'000 Personen.

Das heisst: Die Schweiz ist nicht nur sehr grosszügig. Der überwiegende Grossteil der hier registrierten oder vorläufig aufgenommenen Asylbewerber sind nur schon deshalb nicht Flüchtlinge nach Genfer Konvention, weil sie über ein sicheres Drittland eingereist sind.

Das grösste Problem in der Schweiz ist die rapide steigende sogenannte Schutz- oder Bleibequote. Mittlerweile können fast 70 Prozent der Menschen, die in der Schweiz ein Asylgesuch einreichen, damit rechnen, dass sie bleiben können - selbst wenn ihr Asylgesuch abgelehnt wird. Noch vor wenigen Jahren lag diese Bleibequote bei deutlich unter 20 Prozent. Gestiegen ist auch die Anerkennungsquote: Fast ein Drittel der Asylsuchenden werden anerkannt, vor wenigen Jahren lag der entsprechende Wert bei fünf Prozent.

Mit dieser laschen Aufnahmep Praxis will das Staatssekretariat für Migration die Pendenzen schneller „erledigen“.

Noch ein Wort zu den vorläufig Aufgenommenen. Das sind Personen, deren Asylgesuch abgewiesen wurde, die aber dennoch hier bleiben. Dieser Wert steigt und steigt, mittlerweile sind rund 30'000 Menschen, mehr als die Hälfte aller Personen im Asylverfahren vorläufig Aufgenommene. Das Problem ist, dass sie nicht nach Hause gehen. Über die Hälfte sind länger als fünf Jahre in der Schweiz, mehr als dreissig Prozent länger als sieben Jahre!

Im Integrationsbericht von 2013 gibt der Bund selber zu, dass die „vorläufig“ Aufgenommenen „langfristig“ bleiben. Kapitulation, auch hier.

Wer angesichts solcher Missstände von einem „angeblichen Asylchaos“ schreibt, muss sich fragen, ob er nicht allenfalls in einer Parallelwirklichkeit lebt. Oder ob er nicht ein „angeblicher Journalist“ ist.

Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga beschwört in Interviews, wenn sie ihr Migrationsregime verteidigt, das beklagenswerte Schicksal syrischer Bürgerkriegsopfer.

Dazu ist zweierlei zu sagen.

Erstens: Laut Genfer Flüchtlingskonvention sind allgemeine Bürgerkriegsflüchtlinge ebenso wenig asylberechtigt wie Menschen, die allgemeinem materiellem Elend entfliehen. Die

Syrer, die hierherkommen sind im übrigen längst einer konkreten persönlichen Bedrohung entflohen, sofern es sie je gegeben haben sollte. Sie kommen aus der sicheren Türkei oder aus einem Flüchtlingslager oder aus einem Nachbarstaat, wo sie bereits in Sicherheit waren. Bürgerkriegsflüchtlinge sollte die Schweiz höchstens unter dem vorübergehenden Schutzstatus „S“ aufnehmen. Es ist bezeichnend für die ruinöse Willkommenskultur unserer Behörden, dass der Status „S“ seit seiner Einführung noch gar nie verliehen wurde.

Zweitens: Die Syrer sind bis Mitte Juni 2015 lediglich die drittgrösste Flüchtlingsgruppe in der Schweiz, hinter den Eritreern und den Sri Lankern. Die Quote der Syrer in der Schweiz ist sogar rückläufig. April 2014: 28,1 Prozent. Mai 15: 4,8 Prozent. Bundespräsidentin Sommaruga trickst und täuscht: Die Eritreer, nicht die Syrer sind die grösste Gruppe.

Verkehrte Welt: Aus dem bürgerkriegsversehrten Syrien kommen immer weniger, aus Eritrea und Sri Lanka immer mehr, obschon der Bürgerkrieg in Sri Lanka wie auch in Eritrea vorbei ist! Dies allerdings vertuscht und verschleiert Simonetta Sommaruga! Sie will den Eindruck erwecken, es kommen vor allem Syrer!

Noch ein Wort zu den Eritreern, der grössten Gruppe.

Toni Locher, Arzt und eritreischer Honorarkonsul, nach eigener Aussage ein „Drittweltist“ und „Freund der Dritten Welt,“ jahrzehntelanger Kenner Eritreas, sagte in den Sommerferien in einem Interview wörtlich: *„Die Eritreer wandern wegen der Wirtschaftsmisere aus. Persönlich verfolgt war keiner, die suchen ein neues Leben.“* Das Risiko, es nicht zu schaffen sei klein.

Auf die Frage des Interviewers, dass aber die Eritreer doch erzählen würden, sie seien gefoltert worden, entgegnet der eher linke und nach eigenem Bekunden SVP-kritische Eritrea-Kenner Locher: Er habe davon gehört, dass die Eritreer den Schweizer Behörden erzählen, auf der Insel Dahlak würde man die Menschen foltern, indem man sie an Bäumen aufhänge. Auf der vegetationsarmen Wüsteninsel Dahlak allerdings gebe es gar keine Bäume, sagt Locher, die Geschichten seien erfunden. *„Die Eritreer sind VIP-Flüchtlinge. Das wissen sie.“* Viele von ihnen reisen gemäss Locher im Sommer jeweils in ihre Heimat zurück, wo sie angeblich an Leben und Leben bedroht seien.

Locher geht davon aus, dass wir bald 300'000 Eritreer in der Schweiz haben werden. Bei einer Sozialhilfequote von 90 Prozent und mutmasslichen pro Kopf-Kosten von 50'000 Franken kann man rechnen...

Meine Damen und Herren,

Ich beschliesse die Aufzählung und komme zu meinen Befunden.

Erstens: Wir haben es in Europa und der Schweiz derzeit nicht mit einer Flüchtlingskrise zu tun, wobei ich unter Flüchtling eine persönlich an Leib und Leben bedrohte Person verstehe. Wir haben es vielmehr mit dem Phänomen einer anschwellenden illegalen Wirtschaftsmigration zu tun. Nicht konkrete Bedrohungen, sondern ein wachsendes Wohlstandsgefälle treibt die Menschen in den Norden. Der eigentliche Flüchtlingsbegriff ist von unseren Behörden längst schleichend auf alle illegalen Migranten ausgeweitet worden. Dass ist das Grundübel, das dem Missbrauch Tür und Tor öffnet.

Zweitens: Die Migrationsströme sind ein sprechender Beleg dafür, dass die Milliarden an Entwicklungshilfe, die wir seit Jahrzehnten nach Afrika pumpen, nichts bringen. Viele

afrikanische Staaten sind heute wirtschaftlich schlechter dran als am Ende der Kolonialzeit. Ich stelle im Gespräch mit hochrangigen Schweizer Vertretern der Entwicklungshilfe fest, dass unsere Behörden diesen Sachverhalt nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Sie lenken unsere Steuergelder weiter in den Süden, inzwischen über drei Milliarden Franken jährlich.

Drittens: Diese illegale Migration findet nicht deshalb statt, weil das objektive Kriegs- und Verfolgungs-Elend in der Welt zugenommen hat. Die illegale Migration hat auch nicht deshalb das Ausmass einer Völkerwanderung oder besser: eines internationalen Pendlerverkehrs angenommen, weil kriminelle Schlepper kriminelle Asylbewerber zu uns schleusen. Grund für die illegale Migration ist die Tatsache, dass die EU - und ich beziehe hier die Schweiz mit ein - nichts gegen die illegale Migration unternimmt. Würden die EU-Staaten die illegale Migration ähnlich entschlossen bekämpfen wie die Steuerflucht, wären die Schlepper längst arbeitslos.

Daraus leitet sich viertens die These ab: Es mangelt nicht an den notwendigen Gesetzen. Wir haben vielmehr einen Notstand beim Vollzug der vorhandenen Asylgesetze. Weder die Schweiz noch die EU ist willens oder in der Lage, ihr eigenes Asylrecht konsequent durchzusetzen.

Im Gegenteil: Führende Politiker, sei es in der Schweiz, sei es in der EU, führende Meinungsmacher, Intellektuelle und sogar Kirchenoberhäupter befördern den grossräumigen, behördlich geduldeten Missbrauch unseres Asylrechts noch, indem sie dazu aufrufen, immer mehr dieser illegalen Migranten in Europa aufzunehmen. Wer die selbstverständliche Forderung formuliert, die Asylgesetze seien endlich umzusetzen, sieht sich als Unmensch tituliert.

Fünftens: Die Asylmisere ist hausgemacht. Nicht das objektive Elend in der Welt, sondern die Weigerung der Behörden, die Asylgesetze, umzusetzen, produziert die Missstände. Das ist aber auch eine gute Nachricht: Wir haben es in der Hand! Wir können es abstellen. Es zeigt aber auch, wie wichtig die politische Führung gerade im Asylossier ist. Das Problem wäre zu lösen, wenn man denn wollte.

Sechstens: Die Schweizer Behörden, namentlich Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und ihr Staatssekretär Mario Gattiker, weigern sich, die Missstände überhaupt zur Kenntnis zu nehmen. Gattiker nannte die hohe Bleibequote in einem NZZ-Interview ein gutes Zeichen. Bundespräsidentin Sommaruga weigert sich, nur schon über Asyl-Höchstzahlen nachzudenken. Sie sagte wörtlich, dass die Schweiz allen Verfolgten Schutz bieten sollte. Hier offenbart sich eindeutig das ideologische Profil der Führung im Asylbereich: Sommaruga war früher Präsidentin von Swissaid, Chefdiplomat Gattiker war bei der Caritas.

Wie weiter?

Eigentlich ist es völlig klar, was angesichts der Sachlage getan werden müsste: Es braucht keine neuen Gesetze. Man muss nur den Mut haben, die bestehenden Gesetz anzuwenden.

Konkret:

Die Schweiz sollte ihre humanitären Anstrengungen in den Krisenregionen im Nahen Osten oder in Afrika verstärken. Teile unserer drei Milliarden Entwicklungshilfe sind für Infrastrukturen und Auffanglager zu verwenden, in denen Kriegsflüchtlinge, und echte

Flüchtlinge nach Genfer Konvention ersten Schutz und Zuflucht finden.

Diese Lager müssen in den unmittelbaren Krisenregionen sein. Im Nahen Osten müssten auch die arabischen Staaten gewonnen werden, endlich etwas zu unternehmen. Auf keinen Fall sollten diese Lager in Nordafrika sein, das würde nur die Sogwirkung übers Mittelmeer verstärken.

Wenn die Schweiz vor Ort Schutz und Rettung vor konkreter Bedrohung gewährleistet, muss sie die eigenen Landesgrenzen gegen die illegale Migration abriegeln. Ich sage bewusst: Abriegeln. Das ist nicht unmoralisch, sondern ein Gebot der Ethik! Wer die eigene Asyltradition und das eigene Asylrecht ernst nimmt und pflegen will, muss seine Missbräuche entschlossen bekämpfen.

Es ist verwerflich, Leuten Asyl zu gewähren, die diesen Status nicht verdienen. Es ist auch verwerflich Leute, die zu Hause beim Aufbau ihrer Staaten gebraucht werden, durch Sozialleistungen wegzulocken.

Der britische Migrationsforscher Paul Collier nennt diesen Brain drain einen gewaltigen moralischen Skandal.

In den Schutzvorrichtungen in den Krisenregionen sind die Migranten in Sicherheit. Es können dort auch weitergehende Abklärungen durch die Uno zum Beispiel getroffen werden, wo man wirklich an Leib und Leben verfolgte allenfalls identifizieren kann. Diese wirklich echten Flüchtlinge könnte die Schweiz dann immer noch aufnehmen, entweder definitiv oder solange, bis sie wieder nach zu Hause zurückkehren können.

Ganz generell muss verhindert werden, dass die illegalen Migranten überhaupt in die Schweiz kommen, weil Rückschaffungen in aller Regel misslingen. Die Schweiz muss das Signal aussenden, dass illegale Migration nicht belohnt, sondern bekämpft wird.

Die wenigen wirklichen Flüchtlinge, die sich bei sorgfältiger Prüfung ergeben, könnte die Schweiz mühelos aufnehmen!

Tatsache ist, dass Sommaruga und Gattiker das Gegenteil von dem machen, was nötig ist. Sie machen die Schweiz nicht unattraktiver, sondern attraktiver für illegale Migranten. Sie bauen die Aufnahmeinfrastrukturen aus.

Sie bauen den Rechtsschutz für die Migranten aus.

Sie bauen die Integrationsmechanismen aus.

Sie wollen den Asylbewerbern Gratisanwälte geben!

Sie betreiben eine Politik, die es den Behörden erschwert, falsche Asylbewerber ausser Landes zu schaffen.

Ausserdem soll in Zukunft der Bund für seine Asylzentren notfalls durch Enteignungen durchziehen können.

Und nicht zu vergessen: Die Bestimmungen Dublin III, seit 1. Juli 2015 in Kraft, erschweren es unseren Behörden, auszuschieffende Asylbewerber in Haft zu nehmen und dort zu behalten.

Hier zeigen sich auch die Abgründe jener institutionellen Anbindung und automatischen Rechtsübernahmepflicht: Stellen wir uns vor, die EU verordnet via Dublin

Flüchtlingskontingente - die Schweiz würde mit Sicherheit nachgeben. Die Leute, die wir in Bern haben, kapitulieren erfahrungsgemäss bereits, bevor überhaupt erst eine Forderung gestellt wurde!

Das sind die jüngsten Vorstösse, die aktuell im Parlament diskutiert werden. Man sieht, dass es in die falsche Richtung läuft.

Ich fürchte, dass sich nichts ändert, bis nicht die Führung in Bern ausgewechselt wird. Das Asylossier braucht keine Gutmenschen, die nicht Gutes tun, sondern nur Gut scheinen wollen. Es braucht dort oben Leute, die bereit sind, den Rechtsstaat durchzusetzen, auch wenn es Kritik hagelt.

Das ist auch nicht unmoralisch. Im Gegenteil.

Es kann keine Solidarität mit allen geben. Grenzenlose Fremdenliebe auf Staatskosten produziert Fremdenhass und zerstört die Bereitschaft der Leute, die Asylpolitik mitzutragen.

Wer die Asyltradition ernst nimmt, muss ihren Missbrauch bekämpfen. Wem das Schicksal jener Toten im Mittelmeer am Herzen liegt, hört auf, diesen illegalen Migranten Hoffnungen zu machen und sie über den Mittelmeerkanal zu locken. Indem wir unsere Grenzen gegen die falschen Flüchtlinge abriegeln, retten wir Leben.

Moralisch handelt, wer die Missbräuche bekämpft. Sozial ist, wer begrenzt.

Ich danke Ihnen!